Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 45 (1951)
Heft: 6

Artikel: Indien - wohin?
Autor: Furrer, M.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139511

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

schaftspolitische Sicht voraus; zugleich mit ihr werden große moralische und physische Kräfte aufzubringen sein, um mit dem Axiom allen politischen Denkens von heute zu brechen, daß die Ausnutzung von natürlichen Reichtümern ein heiliges nationales Privileg ist. Eine Umwälzung der Geister nach dieser Richtung wird nur durch eine Führung erfolgen können, deren Vision groß genug ist, um in so großen Räumen zu denken, ohne den Wahnvorstellungen des Imperialismus zu erliegen, daß nur der Begriff des eigenen Rechtes, aber nicht der der Gerechtigkeit die Welt regiert.

In einer solchen Aufgabe könnte sich die Intelligenz des Ostens mit der des Westens finden, ohne daß Rivalitäten von Rasse oder Religion zu befürchten sind, wenn die Leitung des Unternehmens, wie es bei der Tennessee Valley Authority der Fall war, in die Hände von klugen und taktvollen Menschen gelegt wird, die wie dort gar nicht ausschließlich in den Reihen der berufsmäßigen Politiker gesucht zu werden brauchen.

Die heute zu ungewolltem Müßiggang verurteilten arabischen Réfugiés können bei der Arbeit ebenso mit Erfolg eingesetzt werden wie die nach Israel geströmten Massen der Juden Europas und des Orients. Zwischen beiden Gruppen wird sich durch ein längeres Zusammenleben unter gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen eher die notwendige jüdisch-arabische Verständigung erreichen lassen als durch die wohlmeinendste Propaganda. Außerdem werden sich die an dem Erschließungswerk aktiv beteiligten jüdischen Luftmenschen besser zur Lebensform von freien Bauern umerziehen lassen als wenn sie auf unabsehbare Zeit Pensionäre des amerikanischen Judentums bleiben.

Die geistige Vorbereitung des Gedankens der Pazifizierung des Mittleren Ostens durch das Wasser sollte zu einer der nächsten Aufgaben eines aktivistischen Pazifismus werden. Von ihr aus wird sich der Beweis erbringen lassen, daß ein bestimmender Einfluß auf die Entscheidungen über Sein oder Nichtsein der kommenden Generationen nur dadurch möglich werden wird, wenn die augenblicklich zwischen Krieg und Frieden unsicher schwankenden Führer der Menschheit zu der Erkenntnis gebracht werden, daß nur Taten, bei denen der Stahl nicht der Zerstörung, sondern dem Bau von Werken des Friedens dient, des Schweißes der Edlen wert sind. *Karl Loewy.*

Indien – wohin?

Lange Zeit haben die friedliebenden Menschen des Westens wie des Ostens ihre Hoffnung auf Nehru gesetzt. In den letzten Monaten ist es jedoch um seine Vermittlerrolle etwas stiller geworden, und es ist nicht leicht, sich aus den Bruchstücken von Nachrichten ein Bild vom heutigen Einfluß Indiens in der Welt zu machen.

Nehru neigte von Anfang an zu der Ansicht, daß, wenn die UNO China bereits zu Anfang anerkannt hätte, die darauffolgenden gefährlichen Entwicklungen, einschließlich der Vorgänge in Korea, einen anderen Verlauf genommen hätten. Anderseits verurteilte er den, wie er sich ausdrückt, «unglücklichen Beschluß der UdSSR, dem Sicherheitsrat fernzubleiben». Nehru war jedoch der Meinung, daß Nordkorea eine großangelegte und gutgeplante Invasion durchgeführt hatte. So rechtfertigte er am 3. August vor dem Parlament die Annahme der ersten Resolution des Sicherheitsrates durch Indien.

In der gleichen Rede stellte Nehru aber fest, «in Asien hätten sich im Laufe der Geschichte der letzten hundert bis zweihundert Jahre, als der europäische Kolonialismus blühte, gewisse gemeinsame Bande unter den asiatischen Völkern gebildet und gewisse gemeinsame Reaktionen stattgefunden. Die dringende Forderung jedes asiatischen Landes ohne Ausnahme sei der Kampf gegen Kolonialismus. Die positive Seite davon sei das Erwachen des Nationalismus.» Dies ist die Stellung Nehrus – er sieht Fehler auf beiden Seiten. Indien wird als Mitglied des Britischen Commonwealths auf die eine Seite gezogen, und als asiatische Nation auf die andere.

Obwohl die indische Regierung die Resolution des Sicherheitsrates in der Koreafrage angenommen hat, war die «im wesentlichen amerikanische Intervention unter der Flagge der Vereinten Nationen durchaus *nicht populär*», berichtete der «NZZ»-Korrespondent am 15. August 1950. Die Schlagworte «Hands off Korea» und «No Intervention in Asia» tauchen in verschiedenen Variationen in allen Teilen der indischen Presse auf. «Der Sieg der Kommunisten in China hatte die Beurteilung des kommunistischen Problems sehr verändert. Während früher der Kommunismus als Export eines neuen Imperialismus mit größtem Verdacht betrachtet wurde, sieht man in ihm plötzlich auch eine asiatische Erscheinung und eine Erscheinung des historischen Kampfes asiatischer Völker für nationale Emanzipation und soziale Erneuerung.»

Als am 1. Februar dieses Jahres China von der UNO als Angreifer gebrandmarkt wurde, stimmte der indische Vertreter dagegen. Er behauptete, ein «Cease fire» hätte innerhalb einer Woche erreicht werden können, wenn nur der asiatisch-arabische Antrag angenommen worden wäre. Obwohl nur sieben Staaten gegen diese Brandmarkung Chinas stimmten (44 dafür, 9 Enthaltungen), hatte Indien die Genugtuung, zu wissen, daß, der Volkesstärke nach, zwei Drittel der Weltbevölkerung gegen den amerikanischen Antrag stimmten oder sich der Stimme enthielten.

Wie dann General Eisenhower mit einem sofortigen Abwurf der Atombombe bei Kriegsausbruch drohte, wiederholte Nehru seine Ansicht, daß die Atombombe für Indien und den größten Teil Asiens ein Symbol des verkörperten Bösen im Menschen sei, des Bösen vor allem in nicht-asiatischen Ländern.

Für dieses unabhängige Benehmen mußte Indien gestraft werden. Als der Sicherheitsrat am 2. April den Beschluß über Kashmir faßte, wurde der Konflikt zu ungunsten Indiens entschieden. Scheik Abdullah, der Ministerpräsident von Kashmir, sagte: «Die Asiaten sind jetzt erwacht – der indische Premierminister ist die Person, um die sich die Asiaten gruppieren. Dies ist der Grund, warum die Amerikaner Nehru zurückzusetzen und Pakistan emporzuheben wünschen.» Daß auch andere Gründe in diesem Entscheid der UNO mitspielten, kann man den Worten des Außenministers von Pakistan entnehmen: «Von der Lösung der Kashmirfrage hängt es ab, ob Pakistan und damit die gesamte Moslem-Welt dem Westen oder dem Osten zufällt.»

Nehrus Neutralismus hat sich auch in der Verzögerung der amerikanischen Weizensendung nach Indien ausgewirkt. Vor anderthalb Jahren schon hatten die Vertreter Indiens die Amerikaner auf die Möglichkeit eines Mangels an Nahrungsmitteln in ihrem Lande aufmerksam gemacht. Im Dezember 1950 bat Madame Pandit, die indische Gesandte und Schwester Nehrus, Amerika formell um Hilfe. Unterdessen war Reis von China und Weizen von der Sowjetunion unterwegs: «Man hat es nicht zuletzt diesen Ländern zu verdanken», schreibt die Neuyorker «Nation» am 28.April, «wenn Amerika die zwei Millionen Tonnen Weizen liefert . . . Anstatt daß wir Amerikaner Lebensmittel nach Indien senden, weil die Menschen Hunger leiden, senden wir den Hungernden Getreide, nur weil wir sie davon abhalten wollen, Kommunisten zu werden.»

In der Tat fürchtete man in Indien eine Wiederholung der Hungersnot von 1943. «Drei Jahre schlechter Ernten, Erdbeben, Überschwemmungen, Dürren und Epidemien haben solche Zustände hinterlassen, daß 20 Millionen von Hungersnot bedroht werden», schrieb die «Times Weekly Edition» vom 11. April 1951.

Trotzdem hielt Nehru am 1. Mai eine Rede, worin er sagte, Indien würde jede ausländische Weizenhilfe ablehnen, die mit irgendwelchen Bedingungen politischer Art verknüpft sei. Die Zukunft wird zeigen, ob er sich von solchen Bedingungen freihalten kann. Wie die «NZZ» vom 12. Juni meldet, hat der amerikanische Senat der Gewährung eines 190-Millionen-Kredites zum Ankauf von zwei Millionen Tonnen Weizen zugestimmt, unter der Bedingung, daß Indien einen Teil der Anleihe durch Lieferung von «strategischen Materialien» zurückzahlen solle, sofern dies möglich sei. Für die Getreidesendungen war auf jeden Fall der Druck der amerikanischen Weizenproduzenten und die Lieferungen der Sowjetunion und Chinas mitbestimmend.

Wenn die Gefahr der Hungersnot in Indien aus politischen Gründen vielleicht übertrieben wurde, erinnert uns diese Bedrohung des Lebens von Millionen von Menschen an die Tatsache, daß wir von einer gerechten Verteilung der Güter der Erde noch weit entfernt sind. Eine Milliarde Menschen lebt in den wirtschaftlich zurückgebliebenen Gebieten

der Welt. Ihr jährliches Einkommen auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, beträgt rund *einen Achtzehntel* des Einkommens eines Bürgers der Vereinigten Staaten. Wann werden die Europäer dieser Tatsache bewußt werden? Werden wir nicht immer vom Krieg bedroht sein, solange diese Ungleichheiten bestehen? Fünfzig Prozent aller in der Welt produzierten Güter werden in den USA erzeugt. Anderseits bringen die USA «nur» (die Anführungszeichen stammen aus der «NZZ» Nr. 1176) einen Drittel der Rohstoffe der Welt hervor. Ist es nicht Zeit, daß wir anderen Ländern behilflich sind, mehr für ihre arme Bevölkerung zu produzieren, statt daß wir die mächtigste Nation verteidigen helfen, wenn sie ihre bevorzugte Stellung schützen will? Der Vorsitzende des Wirtschafts- und Sozialrates, des ECOSOC, Herman Santa Cruz, appellierte in diesem Sinne auch an die Europäische Wirtschaftskommission («NZZ», Nr. 1184), der «bedrohlichen Tendenz einer sich ständig weitenden Kluft zwischen den wirtschaftlich hochentwickelten und wirtschaftlich wenig entwickelten Ländern entgegenzutreten.»

Obwohl Indien zu diesen benachteiligten Ländern gehört, behauptet es eine neutrale Stellung im Widerstreit der Großmächte. Als die Politische Kommission der Generalversammlung der UNO den amerikanischen Antrag auf Verhängung einer Kriegsmaterialsperre über China und Korea annahm, enthielt sich Indien der Stimme, legte aber Wert auf die Feststellung, daß es China nicht mit Kriegsmaterial beliefere und nicht zu beliefern gedenke. («NZZ», Nr. 1078.) . . . Anderseits hat sich Indien (wie auch Pakistan und Ceylon) geweigert, an Verteidigungsmaßnahmen oder auch nur an militärischen Besprechungen teilzunehmen («NZZ», 26. Mai, Nr. 1145). Als überdies im Mai Großbritannien die indische Regierung um ihre guten Dienste für eine friedliche Beilegung des iranischen Ölkonfliktes ersuchte, wollte Indien diesem Gesuche nicht entsprechen. Nehru hatte schon am 3. Mai gesagt, die indische Regierung beabsichtige nicht, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen.

Um diese Zeit erschien eine Depesche in «Times Weekly Edition» (23. Mai). Die USA bauen einen Luftstützpunkt in Okinawa, von wo aus die größten Bomber Amerikas jedes beliebige Gebiet von Ostasien erreichen können, von Ostsibirien und der Mandschurei bis zu Südostasien und sogar Indien. Wenn die USA ihr Ziel mit Weizen nicht erreichen, werden vielleicht solche Drohungen Indien von seinem Neutralismus abbringen. Trotzdem hat es sich bis jetzt geweigert, sich in ein Allianzsystem eingliedern zu lassen. Auch beharrt es immer noch darauf, daß Peking nach Lake Succeß eingeladen werde, «da das kommunistische Regime die effektive Regierungsgewalt in China ausübe.»

Es wird in Europa oft übersehen, daß die Inder den Kommunismus bei weitem nicht so hassen wie den Imperialismus. Die Hinrichtungen in China, die unsere Presse beschäftigen, machen weniger Eindruck auf die Inder, weil sie wissen, daß unter Chiang Kai-Shek zeitweise in noch

größerem Maßstabe hingerichtet wurde. Auch die Propaganda gegen die Konzentrationslager in der Sowjetunion hat nicht die erwünschte Wirkung auf die Inder, wissen sie doch, daß auch in den Plantagen Asiens die Menschen als Halbsklaven ihr Leben fristen, wie der Weltbund der Freien Gewerkschaften von Karachi berichtet («Manchester Guardian», 30. Mai). Solche Plantagen seien weit verbreitet in Asien, und werden von einer Privatgruppe von Produzenten kontrolliert, die ungeheure Profite herauswirtschaften. Warum berichten unsere Zeitungen nichts von dieser Art von Sklaverei?

Wenn die Inder den Kommunismus nicht so hassen wie den Imperialismus, wird diese große Halbinsel mit ihren 350 Millionen Menschen den gleichen Weg gehen wie China? Vorläufig sieht es nicht so aus, aber es hängt davon ab, ob Nehru eine gründliche Bodenreform durchführen will und kann. Um einen Einblick in die Schwierigkeiten dieses Problems in Indien zu geben, lassen wir hier eine Zusammenfassung eines Artikels von Jean Lyon in der Neuyorker «Nation» vom 19. Mai folgen.

Bodenreform in Indien

«Eine radikale Änderung der Besitzverhältnisse an Grund und Boden gehört zu den Forderungen, die sich in Indien seit Generationen aufdrängen. Die Kongreßpartei vertrat sie schon lange, bevor sie an die Unabhängigkeit Indiens denken konnte. Die Sozialisten, die heute in Opposition zur regierenden Kongreßpartei stehen, drängen unter der Losung «das Land den Bauern» auf greifbare Resultate, bisher mit geringem Erfolg. Es ist unter heutigen Verhältnissen nicht möglich, genaue Angaben zu machen, aber Schätzungen von 1950 lauten dahin, daß zwischen 90 und 95 Prozent der Bebauer keinen gesicherten Besitz an Boden haben. Zwar variieren die Besitzverhältnisse von Staat zu Staat, doch ist bis jetzt eine Entlastung und Sicherung der Bauern nur in ganz wenigen Fällen erfolgt. Die dauernd unterernährten Landproletarier tragen auf ihren Schultern noch immer den Grundbesitzer und seine Pachteintreiber. All dies hätte mit der Unabhängigkeit Indiens sein Ende nehmen sollen. Aber die junge Regierung mit ihrer Auffassung von Gerechtigkeit für alle ihre Volksschichten steht heute vor einem Dilemma. Einerseits vertritt sie den Grundsatz «Das Land dem Bebauer», oder wie es neuerdings heißt «die Ausmerzung aller Mittelsmänner zwischen Bauer und Staat». Anderseits aber garantiert die indische Verfassung, zum Teil auf Betreiben Gandhis selbst, den individuellen Besitz an Grund und Boden, das heißt sie sieht vor, daß der Grundbesitzer, falls der Staat seinen Boden übernimmt, in «fairer Weise» zu entschädigen sei.

Eine revolutionärere Regierung hätte dem Staat das Recht auf Konfiskation von Land vorbehalten, eine zaghaftere Regierung hätte dem Bauern kein Land versprochen und sicher auch nicht die Unterstützung des Volkes gefunden. Wie die Lage heute ist, wird wohl die Notwendig-

keit der Reform anerkannt, es bestehen überdies schöne Programme, aber an der konkreten Maßnahme, die am Anfang aller Reform steht, der Ausschaltung des ‚Zemindar', des Grundbesitzers und Pachteintreibers, ist die Gesetzesmaschinerie zum Stillstand gekommen. Es hat sich herausgestellt, daß die Kosten einer «angemessenen» Entschädigung an die Grundbesitzer, besonders wenn ihre Zahl in einem Staat bedeutend ist, fast unerschwinglich sind. Jeder Staat ist übrigens gehalten, seine Agrargesetzgebung den lokalen Verhältnissen entsprechend zu gestalten. In Uttar Pradesh zum Beispiel, einem Staat von 60 Millionen Einwohnern, wo zwei Millionen Zemindars zu entschädigen sind, beschäftigen Entschädigungsverhandlungen die parlamentarischen Kommissionen seit anderthalb Jahren.

Kennzeichnend für die derzeitigen Verhältnisse in Indien ist der Vorschlag, die Pächter ihren Zins für zehn Jahre vorausbezahlen zu lassen, und aus einem so geäufneten Fonds die Grundherren abzufinden. Der Vorteil für den Bauern läge darin, sein Land in Besitz zu bekommen und an den Staat nur die Hälfte des früheren Pachtzinses in Form von Steuern abliefern zu müssen. Es ist auf den ersten Blick ersichtlich, daß damit dem Landarbeiter, der der Hilfe am meisten bedarf, nicht geholfen ist. Im oben erwähnten Uttar Pradesh sind aber 8 Millionen Landproletarier, die nach diesem Plan sozusagen nichts gewinnen. Andere Staaten suchen die Entschädigungsfrage auf anderer Grundlage zu regeln, immerhin sind es bis jetzt erst 8 von 26 Staaten, die sich überhaupt damit befaßt haben und in allen Fällen muß die Entschädigung an die Grundherren irgendwie aus einem entsetzlich armen Volk herausgepumpt werden.

Die Höhe der Entschädigung ist nicht der einzige Grund für das langsame Tempo der Bodenreform. Die Zemindars sind einflußreich, sie gehören dem Parlament und den entscheidenden Kommissionen an, besitzen eigene Zeitungen, sie sind alles in allem in bester Position, um der Reform so viele Hindernisse wie möglich in den Weg zu legen. Die Zemindars von Uttar Pradesh zum Beispiel reichten Klage gegen gewisse Bestimmungen der neuen Gesetzgebung ein. Das oberste Gericht verfügte, die Reformgesetze dürften nicht in Kraft gesetzt werden, bis über jede angefochtene Bestimmung ein Gerichtsentscheid vorliege. Sollte in einem Fall der Kläger, das heißt der Zemindar, Recht erhalten, so würde die Verfassungsmäßigkeit der ganzen Reform in Frage gestellt, was für die Grundbesitzer immerhin einen Zeitgewinn von vielleicht Jahren bedeuten würde. Die Diskussion in allen Fragen verlagert sich naturgemäß mehr auf die Höhe der Entschädigung an den Zemindar als auf die Vorteile, die dem wirklichen Bearbeiter des Bodens aus der Reform erwachsen. Für die letztere Kategorie geben die Regierungsbeamten zu, seien die Vorteile «mehr psychologischer Natur».

Noch hat kein indischer Staat den Grundbesitz ausgeschaltet. Auch in Madras, das in der Reform am weitesten fortgeschritten ist, sollen wei-

tere vier Jahre vergehen, bis sein Einfluß gebrochen ist. Selbst dann ist fraglich, ob die Abschaffung des Feudalwesens erreicht ist, denn viele Pachtinhaber, die bis jetzt dem Zemindar Tribut entrichteten, sind selbst eher Grundbesitzer als Bebauer des Bodens und als solche die Hauptnutznießer der Reform, eine Art Grundherren zweiter Kategorie.

Angehörige der Indischen Kongreßpartei betonen, der Fortschritt könne nur Schritt für Schritt erfolgen. Das Reforminteresse scheint auf jeden Fall nach der Beseitigung der Zemindars und der unter ihnen stehenden Grundbesitzer zunächst der Verbesserung der Lage der Kleinpächter und erst in allerletzter Linie dem landlosen Proletarier sich zuzuwenden. Ob dies die richtige Rangfolge ist, mag bezweifelt werden, aber nachdem man von einer entschädigungslosen Enteignung, wie sie in China praktiziert wurde, nichts wissen will, so bleibt eben jene Demokratie der kräftigen Ellbogen übrig, die man auch andernorts an der Arbeit sehen kann. Ob es weise ist, die Dutzende von Millionen Landarbeiter und Kleinpächter leer ausgehen zu lassen, ist eine andere Frage.

Soweit die «Nation». Kein sehr hoffnungsvolles Bild für die Zukunft der Millionen und Abermillionen von armen Landproletariern. Wie kann Nehru hoffen, durchgreifende Reformen durchzuführen, solange der Einfluß der Zemindars, der Prinzen, der reaktionären Hindu-Nationalisten so stark ist? Auch von der neuen Regierung, die nach den Wahlen (in etwa 6 Monaten) die Zügel ergreifen wird, kann man nicht zu viel erwarten. Das indische Parlament hat neuerdings den von Ministerpräsident Nehru beantragten Verfassungsänderungen zugestimmt, so daß die Regierung von nun an über weitgehende Vollmachten zur Kontrolle der Presse verfügt. Sie hat aber zur gleichen Zeit die Möglichkeit zur Inkraftsetzung der Agrarreform erhalten. Nehru sagte, die Bodenreform in Indien sei so dringend, daß diese Verfassungsänderungen nötig geworden seien. War das nicht möglich ohne die Einschränkung der Pressefreiheit? Welche Garantie besteht, daß die Bodenreform richtig durchgeführt wird, wenn die Presse geknebelt ist? Wollen diese Männer, die für die Verfassungsänderungen stimmten, überhaupt eine wirkliche Bodenreform? Wird die neue Regierung sie wollen? Dazu kommt das kürzlich angenommene Gesetz über die Präventivhaft, das der Regierung Verhaftung und Gefangenhaltung von Verdächtigen ohne gerichtliches Urteil gestattet, wodurch das indische Kabinett fast diktatorische Befugnisse erhält. Sollen diese Vollmachten wirklich nur die Trübung des Verhältnisses zu fremden Staaten und die Kriegshetze verhindern helfen, wie man in Regierungskreisen vorgibt? Das ist die Frage, die man sich stellen muß.

Wenn man allein an die Probleme denkt, die die Beziehungen Indiens zu seinen großen Nachbarn im Norden, der Sowjetunion und China darstellen, wenn man sich der jahrzehntelangen Streitigkeiten an der Nordostgrenze (Nepal, Sikkim und Bhutan) erinnert, muß man zugeben, daß es von größter Bedeutung sein könnte, eine Pressehetze gegen

eine friedliche Vereinbarung zu verhindern. Es wäre geradezu ein Triumph für Indien, und für Asien überhaupt, wenn es der Welt zu zeigen in der Lage wäre, daß Grenzkonflikte ohne Blutvergießen geregelt werden können. Aber wird das möglich sein, solange die Volksmeinung ausgeschaltet wird und das Volk seine Rechte nicht geltend machen kann?

M. Furrer.

Rottet ech zäme!

Müettere –
Fraue der ganze Wält,
Ob wyß,
Ob schwarz
oder gääl:
Rottet ech zäme
und wehret dämm Wahn,
's gäb wider Chrieg
ob churz oder lang.
Sy mer au numme schwach
und gring,
mir säge nei
und nonemol nei!

Müettere –
Fraue der ganze Wält,
Ob wyß,
Ob schwarz
oder gääl:
Heit echs vor Auge
und 's cheem eso wyt,
so sy mer verlore,
's nützt is nüt.
Und eusi Chinder
gibore
mit Schmärze,
es sinnlosis Pfand.

Müettere –
Fraue der ganze Wält,
Ob wyß,
Ob schwarz
oder gääl:
Dr wüsset alli
was gschlage het. –
Mer wei keini Bombe.
Mer wei Brot!
Mer wei der Fride.
D'Angscht
die mues furt.
Rottet ech zäme!

Helene Bossert.